

DER BAYERNPLAN

KLAR FÜR UNSER LAND



CSU 

Beschluss des CSU-Parteivorstands am 17. Juli 2017 in München

Inhaltsverzeichnis

- I. Sicherheit durch Stärke
- II. Steuern senken, Eigentum schaffen
- III. Familien zuerst
- IV. Wachstumsplan für Deutschland
- V. Damit Deutschland Deutschland bleibt
- VI. Klarer Kurs bei der Zuwanderung
- VII. Heimat und Zusammenhalt
- VIII. Soziale Sicherheit
- IX. Verantwortung für die Schöpfung
- X. Europa und Sicherheit in der Welt

Unsere CSU-Garantien

Die CSU spricht Klartext. Wir sagen der Bevölkerung vor der Wahl ganz klar, was wir für die nächsten vier Jahre wollen. Wir garantieren den Menschen in unserem Land, dass wir diese Punkte bei einer unionsgeführten Bundesregierung im nächsten Regierungsvertrag verankern werden:

Entlastungsgarantie: Wir garantieren den Menschen in Deutschland eine Steuerentlastung von mindestens 15 Milliarden Euro. Den Soli werden wir zusätzlich ab 2020 schrittweise schnellstmöglich abschaffen und starten mit einem Abbau von rund 4 Milliarden Euro. Wir schaffen die größte Steuerentlastung seit mehr als fünfzig Jahren.

Sicherheitsgarantie: Niemand kann absolute Sicherheit versprechen. Aber wir garantieren, dass wir alles Menschenmögliche für die Sicherheit der Bevölkerung tun. Wir stehen für Sicherheit durch Stärke: mit mehr Polizisten und konsequenter Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus.

Familiengarantie: Wir garantieren den Familien in unserem Land die bestmögliche Unterstützung durch den Staat. Wir werden die Mütterrente II einführen. Wir behalten das Ehegattensplitting bei und setzen das Kindergeld kräftig rauf. Wir sorgen durch ein Baukindergeld dafür, dass mehr Familien sich die eigenen vier Wände leisten können.

Versorgungsgarantie: Wir garantieren den Menschen eine gleichwertige, flächendeckende Versorgung in Stadt und Land. Keine Region wird zurückgelassen. Wir wollen dezentrale Strukturen stärken, Arbeitsplätze aufs Land verlagern und die Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten sichern.

Ordnungsgarantie: Wir geben den Menschen die Garantie, dass sich der Zustand vom Herbst 2015 nicht wiederholen wird. Wir haben dazu einen effektiven Maßnahmenplan, unter anderem mit Kontrolle der Binnengrenzen, Reduzierung der Migrationsströme, Obergrenze und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Integration muss nach dem Maßstab unserer Leitkultur erfolgen.

Beteiligungsgarantie: Wir stehen für die Koalition mit dem Bürger. Unser Politikstil ist, die Bürger an der Ausgestaltung unserer Politik stets eng zu beteiligen. Wir garantieren den Menschen, dass wir die Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland weiter ausbauen. Wir wollen in wichtigen politischen Fragen bundesweite Volksentscheide einführen.

I. Sicherheit durch Stärke

Bayern ist das sicherste Land in Deutschland. Wir wollen, dass ganz Deutschland auf bayerisches Sicherheitsniveau kommt. Es darf zwischen den einzelnen Bundesländern keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Islamistischer Terrorismus, Extremismus, organisierte Verbrechen und Cyberkriminalität fordern uns heraus. Ein starker Staat muss Antworten auf diese Bedrohungen geben und die Sicherheit vor Ort stärken. Wir setzen auf eine starke Vernetzung, schnelle Informationswege und einen effektiven Datenabgleich. Aber die Entscheidungskompetenz bei der Sicherheit muss bei den Ländern bleiben, also bei uns hier in Bayern.

Mehr Polizisten auf unseren Straßen und Plätzen.

Der beste Schutz für unsere Bevölkerung ist, wenn unsere Einsatzkräfte vor Ort präsent sind. Die Bayerische Polizei hat schon jetzt den höchsten Personalstand aller Zeiten. In Bayern schaffen wir bis 2020 nochmals zusätzliche 2.000 Polizeistellen. Auch die Sicherheitsdienste im Bund und die Polizei der anderen Bundesländer sollen entsprechend gestärkt werden: Wir schaffen mindestens 15.000 zusätzliche Stellen. Unsere Polizei soll dabei die modernste Ausrüstung erhalten.

Der Staat muss klare Kante gegen Kriminalität zeigen.

Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der die Menschen schützt, für unsere Werte einsteht und nicht zurückweicht. Für uns gilt Opferschutz vor Täterschutz. Wir statten die Justiz auf allen Ebenen personell besser aus – vom Justizwachtmeister über den Staatsanwalt bis hin zum Richter. Wir wollen mehr Ermittler beim Generalbundesanwalt. Strafverfahren müssen noch effizienter ausgestaltet werden.

Islamistischen Terror kompromisslos bekämpfen.

Wir werden den Kampf gegen den islamistischen Terror auf allen Ebenen entschlossen führen. Wer den Zusammenhang von islamistischem Extremismus und Terror nicht wahrnimmt, wird die weltweit agierende Ideologie der Gewalt nicht stoppen. Wir nehmen den Kampf auf, der Terror wird nicht siegen. Gegen islamistische Gefahren werden wir unsere nationalen Sicherheitsbehörden nachhaltig stärken und ihre Eingriffsbefugnisse ausweiten. Internationalem Terrorismus müssen wir mit internationalen Allianzen begegnen. Wir setzen dabei auf eine vernetzte Sicherheitspolitik aus militärischen, humanitären und nachrichtendienstlichen Instrumenten.

Gefährder einsperren statt nur überwachen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Islamisten potenzielle Kandidaten für den gewaltbereiten Dschihad bei uns rekrutieren, an Kampfhandlungen terroristischer Organisationen teilnehmen oder sich dafür ausbilden lassen. Solchen Extremisten mit doppelter Staatsbürgerschaft muss der deutsche Pass entzogen werden. Extremistische Gefährder müssen wir bereits aus dem Verkehr ziehen, bevor sie ihre Taten begehen können. Dazu benötigen wir den Einsatz elektronischer Fußfesseln und die Möglichkeit, solche Personen über längere Zeiträume festsetzen zu können. Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir konsequent ab.

Konsequent gegen Extremismus und Radikalisierung vorgehen.

Unsere freie, offene Gesellschaft darf keine Radikalisierung dulden – sei es durch Salafisten, Islamisten, Linksextreme oder Rechtsextreme. Verfassungsfeinde und Extremisten werden

wir konsequent beobachten und gegen sie mit allen rechtlich gebotenen Mitteln vorgehen. Der Verfassungsschutz soll bei der Sammlung von Informationen künftig nicht an starre Altersgrenzen gebunden sein. Damit beugen wir einer Radikalisierung im Jugendalter vor. Wir dulden es nicht, wenn Salafisten unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit den Koran verteilen. Verfassungsfeindlichen Parteien und Vereinen entziehen wir ihre Finanzquellen. Vereinsverbote setzen wir weiter konsequent durch. Maßnahmen zur Extremismusprävention und Deradikalisierung bauen wir aus.

Klare Kante gegen linke Gewalt.

Die Hamburger Krawalle haben gezeigt, wie gewaltbereit, gefährlich und gut organisiert die linke Szene ist. Es darf nicht sein, dass es Rückzugsorte und rechtsfreie Räume gibt, wo sich die linke Szene sammeln und organisieren kann. Wir lassen uns nicht von linken Chaoten diktieren, wo sich die freie Welt trifft. Linksextremismus hat in Deutschland nichts zu suchen. Wir wenden uns gegen jede Form der Verharmlosung, wie sie in den letzten Jahren von SPD, Grünen und Linkspartei betrieben wurde. Das ist Verniedlichung von staatsfeindlicher Gewalt. Linke Chaoten müssen - so wie rechte und islamistische Gewalttäter auch - die volle Härte des Gesetzes spüren. Durch eine europäische Extremistendatei werden wir linke Straftäter bereits an der Einreise hindern. Ein Verstoß gegen das Vermummungsverbot muss bundesweit einheitlich strafbar sein. Wer als Verein staatliche Fördergelder in Anspruch nimmt, muss sich durch eine Extremismusklausel künftig wieder verpflichten, keine extremistischen Strukturen zu unterstützen. Wir brauchen ein Musterversammlungsgesetz nach bayerischem Vorbild, damit in den Ländern einheitlich effektive Standards zum Ausschluss von gewaltbereiten Krawallmachern bei Demonstrationen gelten.

Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt.

Für unsere Sicherheit sind effektive Einreisekontrollen und die Sicherung unserer Grenzen unerlässlich. Wer ohne Papiere kommt, muss an der Grenze aufgehalten werden. Wir sollten niemanden mit völlig ungeklärter Identität und Nationalität einreisen lassen. Auch auf europäischer Ebene brauchen wir eine zweifelsfreie Überprüfung der Einreisenden. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung eines europäischen Ein- und Ausreiseregisters ein.

Mehr Videoüberwachung zum Schutz der Menschen.

Wir brauchen mehr Videoüberwachung mit längeren Speicherfristen im öffentlichen Raum. Bahnhöfe, der öffentliche Nahverkehr, Einkaufszentren oder andere wichtige Orte müssen besser überwacht werden. Eine Software zur Gesichtserkennung soll die Sicherheit erhöhen und die Fahndung nach Terroristen erleichtern.

Ermittlungsmöglichkeiten gegen Kriminelle und Terroristen ausweiten.

Der Rechtsstaat darf nicht hinter den technischen Möglichkeiten seiner Feinde zurückbleiben. Dafür müssen die Befugnisse des Rechtsstaats erweitert werden. Für uns gilt Opferschutz vor Datenschutz. Anbieter von E-Mail-Diensten und Betreiber Sozialer Medien sollen verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Bei Verdacht auf Terrorismusfinanzierung müssen digitale Spuren genutzt werden können. Auch im Bund und in anderen Ländern muss der Verfassungsschutz - wie in Bayern - befugt werden, Verkehrsdaten zu nutzen. Die Speicherung digitaler Spuren soll auf sechs Monate ausgeweitet werden. Wir wollen DNA-Proben erleichtern und vorhandene DNA-Spuren zur Ermittlung des äußeren Erscheinungsbildes, der Herkunft oder des Alters eines Straftäters oder Verdächtigen heranziehen.

Die Bundeswehr auch im Innern einsetzen.

Die Bundeswehr leistet schon jetzt Hilfe und Unterstützung bei Naturkatastrophen und bei besonders schweren Unglücksfällen. Bei der Abwehr eines besonders schweren Terrorangriffs kann die Polizei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten kommen. Die Bundeswehr soll dann die Polizei unterstützen, etwa beim Schutz von Flughäfen, Krankenhäusern und kritischen Infrastrukturen. Solche Einsätze unter Leitung der Polizei müssen regelmäßig geübt werden.

Unsere Nachrichtendienste zur Terror-Abwehr stärken.

Wir dürfen uns bei der Terrorabwehr nicht allein auf ausländische Dienste verlassen. Wir brauchen unsere eigenen Informationen und Frühwarnsysteme. Die Befugnisse unserer Nachrichtendienste in Bund und Ländern müssen praxisgerecht ausgebaut werden. Sie sollen zur Terrorabwehr Zugriff auf gespeicherte Verkehrsdaten und verschlüsselte Kommunikation erhalten. Wir werden für einen besseren Informationsaustausch unserer Dienste sorgen.

Werbung für Terror und Gewalt muss bestraft werden.

Werbung für terroristische und kriminelle Vereinigungen ist Werbung für Terror und Gewalt. Es war falsch, dass Rot-Grün das seinerzeit straffrei gestellt hat. Sympathiewerbung muss wieder unter Strafe gestellt werden. Terroristischen Vereinigungen muss schneller der Geldhahn zugedreht werden können, Vermögenseinziehungen müssen erleichtert werden.

Cybercrime bekämpfen, Hackern keine Chance lassen.

Wir brauchen bundesweit eine Cybersicherheitsstrategie aus einem Guss. Wir bauen ein schlagkräftiges Cyberabwehrzentrum auf. Zusätzliche Internetpolizisten sollen Internet- und Computerkriminalität bekämpfen und das „Darknet“ stärker überwachen. Das dient besonders dem Schutz unserer Kinder und verhindert rechtsfreie Räume im Internet. Wirtschaft, Forschung und kritische Infrastrukturen müssen vor Internet-Attacken geschützt werden. Die Hersteller wollen wir verpflichten, ihre IT-Produkte dauerhaft sicher zu halten.

Wer einen Polizisten angreift, greift uns alle an.

Wir stehen hinter unserer Polizei, unseren Sicherheitsbehörden, Feuerwehr und Rettungskräften. Wir schützen diejenigen, die uns schützen. Wir haben durchgesetzt, dass Angriffe auf sie künftig mit einer Mindestfreiheitsstrafe bestraft werden. Gewalt gegen Vertreter des Gesetzes gehört auch gesellschaftlich geächtet. Unsere Sicherheits- und Rettungskräfte verdienen größte Anerkennung und Respekt.

Einbrecher gehören hinter Gitter.

Wohnungseinbrüche stellen einen tiefen Eingriff in die Privatsphäre der Opfer dar. Wir haben härtere Strafen für Wohnungseinbrecher durchgesetzt. Sie werden nun mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis bestraft. Im Kampf gegen die Einbruchskriminalität brauchen unsere Sicherheitsbehörden mehr Ermittlungsbefugnisse. Schleierfahnder müssen bundesweit eingesetzt werden. Sie sind ein wichtiges Instrument, um auch Wohnungseinbrechern auf die Spur zu kommen.

Drogenkriminalität und Drogenkonsum bekämpfen.

Wir bleiben dabei: Null Toleranz gegen Drogen. Wir sagen Nein zur Legalisierung von Cannabis. Drogen-Kontrollen im Grenzgebiet müssen verstärkt werden. Gegen Drogenschmuggler

gehen wir entschieden vor. Noch mehr als bisher wollen wir über die Gefahren von Drogen aufklären.

Ein starker Staat braucht gute Beamte.

Wer sich als Beamter, Arbeitnehmer oder Richter in den Dienst des Staates stellt, dient der Allgemeinheit. Unseren Staatsdienern gebühren Respekt und Anerkennung für ihre Leistungen und ihren Einsatz. Wir stehen zu den bewährten beiden Säulen des öffentlichen Dienstes, den Tarifangestellten und dem Berufsbeamtentum mit seinen Prinzipien Besoldung, Versorgung und Beihilfe. Der öffentliche Dienst muss attraktiv sein, damit der Staat im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann.

II. Steuern senken, Eigentum schaffen

Leistung muss sich lohnen. Wir geben den hart arbeitenden Menschen etwas zurück. Wir kündigen nur das an, was wir auch solide finanzieren können – ohne höhere Steuern und ohne neue Schulden.

Der Soli wird abgeschafft.

Der Solidaritätszuschlag erfüllt mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr seinen Zweck. Wir werden den Soli komplett, schnellstmöglich und für alle abschaffen. In der kommenden Wahlperiode beginnen wir mit einer Entlastung von rund 4 Milliarden Euro. Ab 2020 werden wir ihn schrittweise auf Null reduzieren.

Versprochen: Keine Steuererhöhungen.

Das haben wir 2013 als einzige politische Kraft gesagt und das haben wir auch durchgesetzt. Dieses Versprechen erneuern wir: Keine Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode. Das heißt auch: Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer und keine Verschärfung der Erbschaftsteuer.

15 Milliarden Euro Steuerentlastung für alle.

Wir wollen, dass die Menschen am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes teilhaben. Gerade kleine und mittlere Einkommen profitieren von unseren Steuersenkungen. SPD, Grüne und Linke lehnen allgemeine Steuersenkungen ab. Sie stehen für Steuererhöhungen und Umverteilung. Wir sind der Meinung: Vom höchsten Steueraufkommen aller Zeiten sollen alle Steuerzahler etwas zurückbekommen.

Mehr Netto vom Brutto für Klein- und Mittelverdiener.

Wir werden den Einkommensteuertarif insgesamt gerechter ausgestalten und den sogenannten Mittelstandsbauch verringern. Durch die Abflachung des Steuertarifs wollen wir Geringverdiener und die Bezieher mittlerer Einkommen spürbar entlasten.

Spitzensteuersatz nur für Spitzenverdiener.

Vom Spitzensteuersatz ist mittlerweile jeder zehnte Deutsche betroffen, er wird vielfach vom Facharbeiter gezahlt. Deshalb soll der Spitzensteuersatz erst ab einer Einkommensgrenze von 60.000 Euro statt wie bisher von 54.058 Euro greifen.

Wir wollen die Erbschaftsteuer regionalisieren.

Es geht uns um den Erhalt mittelständischer und familiengeprägter Unternehmen und die dortigen Arbeitsplätze. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer steht den Ländern zu. Unser Ziel ist: Erbschaftsteuer regionalisieren, damit wir über die Höhe in Bayern selbst entscheiden können.

Die schwarze Null im Bund und Bayern schuldenfrei 2030.

Eine Finanzierung des Staates auf Schuldenbasis lehnen wir kategorisch ab. Ausgeglichene Haushalte sind eine Frage der Generationengerechtigkeit. Im Bund haben wir zum vierten Mal die schwarze Null erreicht. Mit der Union wird dies auch in der kommenden Legislaturperiode so bleiben. Wenn es die wirtschaftliche Entwicklung zulässt, wollen wir auch im Bund vorhandene Schulden tilgen und mit den ersten Schritten in der kommenden Wahlperiode beginnen. Im Freistaat lösen wir darüber hinaus unser Versprechen ein und machen Bayern bis 2030 schuldenfrei. Mit der Schuldentrückzahlung spart Bayern ab 2030 über 1 Milliarde Euro an Zinszahlungen jährlich. Bayern wird das erste schuldenfreie Land.

Wir fordern die Abkehr von der schrankenlosen Nullzinspolitik.

Die anhaltende Nullzinspolitik der EZB ist ein Fehler, Sparguthaben und Altersvorsorge sowie Mittelstandsbanken leiden darunter. Es ist falsch, wenn der Konsum belohnt und Sparen bestraft wird.

Bargeld darf nicht abgeschafft werden.

Bargeld ist gedruckte und geprägte Freiheit. Der Staat darf seinen Bürgern nicht die Freiheit nehmen, wie sie bezahlen wollen. Wir sagen Nein zur Abschaffung des Bargelds.

Mehr und bezahlbarer Wohnraum für Deutschland.

Das beste Mittel gegen Wohnungsmangel und hohe Mieten ist der Bau zusätzlicher Wohnungen. Wir legen eine Wohnraum-Offensive für Deutschland auf. Wir steigern die Anzahl neu gebauter Wohnungen um 50 Prozent – von 1 Million auf 1,5 Millionen Wohnungen in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen die degressive Abschreibung für Mietwohnungsbauten für einen begrenzten Zeitraum wiedereinführen. Baurechtliche und bürokratische Hürden für den Wohnungsbau werden wir reduzieren. Wer landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellt, soll die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren können.

Wir wollen die energetische Sanierung von Wohneigentum fördern.

Der Gebäudesektor ist für die Erreichung der Klimaschutzziele entscheidend. Künftig soll es auch für selbst genutztes Wohneigentum neben dem Handwerkerbonus eine steuerliche Förderung für energetische Modernisierungsmaßnahmen über fünf Jahre geben. Kosten für besonders energiesparende Maßnahmen sollen zehn Jahre steuerlich geltend gemacht werden können.

Eigentumsbildung erleichtern, Grunderwerbsteuer senken.

Wer privat eine Immobilie für den Eigenbedarf erwirbt, soll bei der Grunderwerbsteuer entlastet werden. Wir führen Freibeträge für Erwachsene und Kinder für den erstmaligen Erwerb von Wohneigentum ein. Bei der Grundsteuer streben wir eine eigentumsfreundliche Ausgestaltung an. Die Bewertungsregeln der Grundsteuer sollen in die Hände der Länder, damit

Steuererhöhungen für Mieter und Grundstückseigentümer verhindert werden können. Eigentumsbildung darf nicht bestraft werden.

III. Familien zuerst

Familien haben jede Anerkennung und Unterstützung verdient. Die CSU rückt Familien ins Zentrum der Politik. Jede Familie weiß, dass sie bei uns am besten aufgehoben ist. Wir arbeiten für ein familien- und kinderfreundliches Land und eine gute Familienkultur im öffentlichen Leben.

Das Ehegattensplitting bleibt uneingeschränkt erhalten.

Wir sagen: Hände weg vom Ehegattensplitting! Wir haben alle Versuche linker Parteien abgewehrt, die das Ehegattensplitting abschaffen wollten. Mit uns bleibt es dabei: Das Ehegattensplitting muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Wir werden das Ehegattensplitting nicht durch ein Familiensplitting ersetzen, sondern ein Kindersplitting zusätzlich einführen: mit höherem Kindergeld und höherem Kinderfreibetrag.

Für jedes Kind: 300 Euro mehr Kindergeld pro Jahr.

Wir wollen die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessern. Wir werden das Kindergeld um 25 Euro monatlich je Kind erhöhen. 300 Euro mehr pro Kind und Jahr sind ein starkes Signal für alle Familien.

Wir führen das Kindersplitting ein.

Der Kinderfreibetrag soll in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags angehoben werden. Der erste Schritt erfolgt parallel zur Kindergelderhöhung. Den zweiten Schritt werden wir abhängig von der wirtschaftlichen Lage verwirklichen – spätestens in der darauffolgenden Legislaturperiode.

Familien verdienen beste Unterstützung.

Jede Familie, jedes Familienmodell und jede Generation hat beste Unterstützung und Anerkennung verdient. Die CSU steht für eine passgenaue Förderung. In Bayern unterstützen wir Familien in besonderer Weise, nur im Freistaat gibt es zwei zusätzliche Landesleistungen für Familien: Das Landeserziehungsgeld und das Betreuungsgeld. Von der geplanten Steuerentlastung profitieren alle Menschen in Deutschland, vor allem wird sie Familien entlasten. Denn sie sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Außerdem wollen wir mit der Mütterrente II Kindererziehung in der Rente noch mehr honorieren. Wer Kinder aufgezogen hat, soll davon beim Rentenniveau profitieren.

Kinderrechte gehören in die Verfassung.

Der Schutz der Kinder hat für uns Verfassungsrang. Die Rechte von Kindern sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Baukindergeld für die eigenen vier Wände.

Junge Familien haben ein Recht auf die eigenen vier Wände. Wer eine Familienwohnung erwirbt, soll vom Staat in den ersten 10 Jahren mit 1.200 Euro pro Kind jährlich gefördert werden. Für junge Familien mit zwei Kindern bedeutet das Baukindergeld eine Förderung von bis zu 24.000 Euro.

Grunderwerbsteuer für Familien senken.

Wir führen Freibeträge für Erwachsene und Kinder für den erstmaligen Erwerb von Wohneigentum ein. Wer privat eine Immobilie für den Eigenbedarf erwirbt, soll bei der Grunderwerbsteuer entlastet werden. Hauptprofiteure sind junge Familien.

Rechtsanspruch für die Betreuung von Grundschulkindern.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung bis zum Ende der Grundschule. Es darf nicht sein, dass Eltern Anspruch auf Kita und Kindergarten haben und ab der Grundschule plötzlich wieder auf private Betreuung angewiesen sind. Wir wollen einen massiven Ausbau von Angeboten für die Ganztagsbetreuung, die Mittags- wie Nachmittagszeiten und auch die Ferien abdecken. Wir wollen berufstätigen Eltern mehr Flexibilität geben, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten erhalten. Wir wollen auch Anreize für mehr Engagement aufseiten der Unternehmen setzen. Die Steuerbefreiung für Zuschüsse der Arbeitgeber für Betreuungskosten werden wir bis zum Ende der Grundschule ausweiten. Betriebliche Betreuungsangebote wollen wir fördern. Wir werden die Kommunen und freien Träger dabei unterstützen, im Betreuungsbereich ausreichend Personal zu gewinnen und auszubilden.

Arbeitswelt maximal familienfreundlich gestalten.

Gemeinsam mit der Wirtschaft treiben wir familienfreundliche Arbeitsbedingungen voran. In Deutschland soll es eine familienfreundliche Grundausrüstung in der Arbeitswelt geben. Das muss zum Standard werden. Die Digitalisierung bietet hervorragende Chancen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Arbeitszeitregelung muss auch im Sinne der Familien flexibilisiert werden. Alle in Betracht kommenden Instrumente, darunter auch der Einsatz von Lebensarbeitszeitkonten, wollen wir prüfen.

Der Staat muss allen familiären Situationen gerecht werden.

Familien brauchen Freiheit. Rechte und Pflichten der Eltern haben Vorrang vor staatlichem Handeln. Wir drängen Familien nicht in eine Richtung. Sie sollen frei und selbstbestimmt entscheiden, wie sie ihr Familienleben gestalten. Moderne Familienpolitik muss allen familiären Situationen gerecht werden – der klassischen Familie mit der Gemeinschaft von Mutter, Vater und Kindern ebenso wie Eineltern- oder Patchwork-Familien. Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung, Diskriminierung gegenüber diesen Partnerschaften lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugrenzen. Die Politik muss sich auch in Zukunft an dem Modell orientieren, das von der Mehrzahl der Menschen gelebt und praktiziert wird.

Alleinerziehende und kinderreiche Familien besser unterstützen.

Wir haben den Unterhaltsvorschuss ausgeweitet und auf sichere Füße gestellt. Damit sind wir der besonderen Belastungssituation von Alleinerziehenden begegnet. Auch kinderreiche Familien verdienen besondere Unterstützung. Familien- und Kinderfreundlichkeit soll bei öffentlichen Freizeit- und Bildungseinrichtungen ganz oben stehen. Das Kindersplitting wird sowohl Alleinerziehende als auch kinderreiche Familien in besonderer Weise entlasten.

IV. Wachstumsplan für Deutschland

Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern Arbeit und Wohlstand. Nur ein Land, das wirtschaftlich stark ist, kann sich hohe soziale Standards leisten. Jetzt geht es darum, unsere Spitzenposition zu halten und digital auszubauen. Beste Bildung ist der Schlüssel zu den Chancen unserer Gesellschaft. Wir wollen in allen wesentlichen Wirtschaftsbereichen in der Weltspitze platziert sein.

Beste Bildung für alle.

Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichermaßen wertvoll. Das differenzierte Schulsystem und das Prinzip „kein Abschluss ohne Anschluss“ machen unsere Bildungslandschaft vielfältig und durchlässig. Alle Begabungen können optimal gefördert werden. In Bayern investieren wir jeden dritten Euro in Bildung und Wissenschaft. Auch im Bund haben wir die Ausgaben seit 2005 kontinuierlich erhöht. Die Steigerung der Bildungsinvestitionen werden wir fortsetzen. Es ist gut, wenn sich der Bund an den Bildungskosten beteiligt. Aber die Bildungspolitik muss auch künftig Sache der Länder sein.

Wir wollen das digitale Klassenzimmer.

Alle Schulen und Hochschulen in Deutschland sind mit digitalen Medien auszustatten und an das schnelle Internet anzuschließen. Wir starten eine Digitale Bildungsoffensive: Neben einer stärkeren Vermittlung von Medienkompetenz brauchen wir eine sinnvolle Integration von digitalen Inhalten in den gesamten Unterricht. Der Bund soll die Länder dabei unterstützen, durch Weiterbildung von ausreichend Lehrern digitale Kompetenzen der Schüler möglichst umfassend zu fördern. Die Ausgestaltung bleibt in Verantwortung der Länder. Der Freistaat geht mit dem Masterplan Bayern Digital II voran.

Die besten Köpfe für unser Land ausbilden.

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind maßgeblich für den Erfolg im globalen Wettbewerb um Talente und Ideen. Unsere Wirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte. Wir treten für eine vielfältige Hochschullandschaft ein und wollen sie weiter stärken: exzellente Universitäten auf weltweitem Spitzenniveau, profilierte Hochschulen für angewandte Wissenschaften und zahlreiche dezentrale Einrichtungen in der Fläche sichern unsere Zukunftsfähigkeit. Mit Technologietransfer sorgen wir dafür, dass aus neuen Erkenntnissen neue Anwendungen werden. Gleichzeitig gilt es, die duale Berufsausbildung für die veränderte Arbeitswelt fit zu machen. Der digitale Fortschritt muss sich im Bildungsangebot widerspiegeln, die Berufsbilder sind schneller weiterzuentwickeln. Außerdem setzen wir auf gute Weiterqualifizierungsangebote auch im Alter.

Meisterbonus für bestandene Prüfungen.

Unsere duale Berufsausbildung wird weltweit als Vorbild geschätzt. Wir werden nicht zulassen, dass die EU unser duales System und den Meistertitel aufweicht. Für bestandene Meisterprüfungen werden wir die angefallenen Gebühren in bestimmtem Umfang zurückerstaten. In Bayern werden wir den bewährten Meisterbonus in Höhe von 1.500 Euro beibehalten. Höhere berufliche Bildung soll in stärkerem Maße möglich sein. Damit eröffnen wir Menschen ohne Studium neue attraktive Perspektiven.

Gründergeist in Deutschland fördern.

Wir schaffen in Deutschland das beste Ökosystem für Start-ups. Gründer und junge Unternehmen sind zentrale Taktgeber im Bereich neuer Schlüsseltechnologien wie künstlicher Intelligenz, Robotik, Mobilität 4.0 oder Telemedizin. Start-ups sollen überall beste Chancen haben und innovative Geschäftsideen entwickeln können. Wir wollen Deutschland zum Spitzenreiter bei Existenzgründungen machen. Den Zugang für Start-ups zu Wagniskapital wollen wir über steuerliche Förderung erleichtern. Wer sich an Start-ups beteiligt, soll das von der Steuer absetzen können. Mit einem Masterplan Selbstständigkeit werden wir dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen entbürokratisiert werden.

Unsere Unternehmen sollen zu den innovativsten in der ganzen Welt gehören.

Fortschritt und Innovation heißt weniger Regeln und mehr Effizienz. Dem dient unsere Forschungsprämie. Wir wollen für Unternehmen eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Höhe von 2 Milliarden Euro. Auch der bayerische Mittelstand soll an die Spitze von Wirtschaft 4.0 geführt werden. Wir wollen jedem Betrieb helfen, eine digitale Strategie innovativ und erfolgreich umzusetzen. Made in Germany wollen wir im digitalen Zeitalter als Chance begreifen.

Marktzugänge für exportstarken Mittelstand erleichtern.

Deutschland ist führendes Exportland und Bayern der deutsche Exportmotor. Deutschland ist höchst wettbewerbsfähig in der Welt. Unseren hart erarbeiteten Außenhandelsüberschuss müssen wir uns international nicht vorhalten lassen. Die Antwort kann nicht sein, dass wir unseren Unternehmen Fesseln anlegen. Die Antwort muss sein, dass die anderen den Wettbewerb aufnehmen und versuchen, besser zu werden. Unsere Wirtschaft lebt vom freien Welthandel und offenen Märkten. Exportmöglichkeiten wollen wir auch für kleinere Unternehmen erleichtern.

Höchste Standortqualität für unsere Unternehmen.

Wir wollen auch in Zukunft attraktivste Standortfaktoren bieten, damit unsere Unternehmen Spitzenreiter im internationalen Wettbewerb bleiben. Die Lohnzusatzkosten müssen wettbewerbsfähig bleiben. Die Daueraufgabe des Bürokratie-Abbaus muss effektiver und ein Bürokratie-TÜV Maßstab werden. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben soll – soweit vertretbar – auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis eine Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist.

Ja zum Mindestlohn, nein zur Bürokratie.

Jeder soll von seiner Arbeit leben können. Der Bürokratiewust für den Mittelstand jedoch ist nicht hinnehmbar. Wir wollen, dass Dokumentationspflichten so weit wie möglich abgeschafft werden. Die minutengenaue Auflistung der Arbeitszeit ist nicht praxistauglich. Wir müssen den Mindestlohn entbürokratisieren.

Flexibilität nutzt den Beschäftigten.

Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für die Stärkung des ländlichen Raums nutzen. Die Arbeit soll zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt. Dafür ebnen wir den Weg für einen flexiblen Arbeitsort, flexible Arbeitszeiten und flexible Arbeitsstrukturen. Die Menschen profitieren von mehr geeigneten Home-office-Arbeitsplätzen. Diese Aufgabe müssen die Tarifpartner verstärkt aufgreifen. Insgesamt

wollen wir eine neue Kultur der Partnerschaft für die Arbeitszeitregelungen zwischen Beschäftigten und Betrieb mit praxisgerechten Lösungen für alle, gerade für Dienstleistungen, Gastronomie und kleinere Betriebe.

Wir wollen den mitwachsenden Minijob.

Geringfügig Beschäftigte sollen an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben. Als dauerhafte Lösung wollen wir den mitwachsenden Minijob realisieren, das heißt, die Grenzen des Minijobs steigen mit den Löhnen.

Wir schaffen die Mobilität der Zukunft.

Wir stehen mit dem automatisierten und vernetzten Fahren und dem Sprung zur Elektromobilität vor der größten Mobilitätsrevolution seit der Erfindung des Autos. Für Bayern als Automobilstandort Nr. 1 entstehen enorme Chancen. Wir wollen Bayern gemeinsam mit unserer Wirtschaft zu einer internationalen Leitregion der Mobilität 4.0 ausbauen. Wir schaffen weitere digitale Testfelder auf Autobahnen, in Städten und im ländlichen Raum, um die Automatisierung und Vernetzung auch im komplexeren Stadtverkehr voranzutreiben. Bis 2020 errichten wir in Bayern 7.000 öffentlich zugängliche Ladesäulen und schaffen damit die beste und dichteste Infrastruktur für E-Mobile in Deutschland. Wir wollen, dass mehr Ladestationen auf privatem Grund gebaut werden können und Hindernisse dafür beseitigt werden.

Digitalisierung im Verkehr nutzen.

Deutschland soll führend bei integrierten Verkehrssystemen sein. Durch die enormen Möglichkeiten der Digitalisierung wird es künftig zur Entstehung völlig neuer Mobilitätskonzepte kommen. Durch die Vernetzung von Ampeln und Fahrzeugen wird der Verkehrsfluss in den Städten verbessert werden, Verbrauch und Schadstoffausstoß werden sinken. Den öffentlichen Nahverkehr machen wir noch attraktiver. In Zukunft soll es eine App und ein digitales Ticket geben, mit dem Fahrgäste überall in Deutschland fahren und Mobilitätsangebote nutzen können – von Bus und Bahn bis zu Carsharing-Angeboten. Die Elektrifizierung möglichst aller Bahnstrecken treiben wir weiter voran und testen innovative Technologien im Schienenverkehr.

Für eine leistungsfähige und ressourcenschonende Infrastruktur.

Wir sorgen dafür, dass unsere Infrastruktur dem Wunsch der Menschen nach Mobilität entspricht und Deutschland weltweit Vorzeigeland bleibt für beste Straßen, Schienen und Wasserwege. Die Rekordmittel für die Infrastruktur werden wir mindestens verstetigen und den neuen Bundesverkehrswegeplan konsequent umsetzen. Wir werden den Staatsstraßenbau auf hohem Niveau fortführen und die kommunale Verkehrsinfrastruktur weiter fördern. Dabei setzen wir auf das Prinzip Erhalt vor Neu- und Ausbaumaßnahmen. Die in dieser Wahlperiode umgesetzten Rekordinvestitionen in Lärmvorsorge und Lärmschutz setzen wir fort. Wir verbinden mehr Mobilität mit weniger Lärm. Die frühzeitige Einbindung der Bürger bei Großprojekten ist für uns maßgeblich. Die Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten werden wir beschleunigen. Der öffentliche Nahverkehr und der Radverkehr sind deutlich zu stärken.

Superschnelles Internet für alle Regionen.

Wir errichten in Deutschland das beste High-Speed-Netz der Welt. Die digitale Infrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor für unsere Wirtschaft und der Schlüssel für eine gleichberech-

tigte Teilhabe der Menschen. Wir schaffen deshalb die Gigabit-Gesellschaft für alle. Unser Ziel ist Glasfaser in jeder Region und in jeder Gemeinde. Die konsequente Fortsetzung dieser Ziele ist das Projekt BayernWLAN – freies WLAN in ganz Bayern. Vollabdeckung beim Mobilfunk wollen wir zügig erreichen. Deutschland soll Leitmarkt für den neuen superschnellen 5G-Mobilfunk werden. Wir schaffen jetzt die Voraussetzungen für den 5G-Ausbau und bringen ihn bis 2025 zum Abschluss. 5G kann 1.000 mal mehr Daten verarbeiten als LTE und ist eine absolute Schlüsseltechnologie für Daten-Kommunikation, beispielsweise zwischen Fahrzeugen.

Behördengänge bequem von zu Hause erledigen.

Die digitale Verwaltung soll das Leben für jeden Bürger einfacher machen. Alle Dienstleistungen der Verwaltung sollen elektronisch verfügbar sein, wichtige Angaben gegenüber dem Staat müssen nur einmal gemacht werden. Deutschlands öffentliche Verwaltung soll eine der bürger- und anwenderfreundlichsten Europas werden.

Deutschland zum Vorreiter bei der Daten-Sicherheit machen.

Wir sagen: Die Daten und damit verbundene Rechte gehören den Menschen. Wir schaffen mit einem neuen Datengesetz die Voraussetzung für einen souveränen Umgang mit den eigenen Daten. Made in Germany muss bei der Datensicherheit zum Gütesiegel werden. Unternehmen sollen sich für Deutschland entscheiden, weil hier Daten sicherer sind.

V. Damit Deutschland Deutschland bleibt

Wir sind ein Land mit gewachsener Identität. Unsere Leitkultur ist nichts Beliebigen, das man austauschen kann. Vielmehr ist sie das, was unser Land stark gemacht hat. Unsere Identität mit unserer unverwechselbaren Leitkultur gibt uns Kraft und Stabilität, auch für die Zukunft. Wer zu uns kommen will, hat sich nach uns zu richten.

Unsere Leitkultur ist Maßstab.

In Deutschland gilt unsere Leitkultur, bei der Integration ist sie der Maßstab. Wir vertreten unsere Leitkultur selbstbewusst und wir sollten sie auch nach außen zeigen. Die CSU steht ohne Wenn und Aber zur Geltung der Leitkultur. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass jeder, der zu uns kommt, die Leitkultur achtet. Leitkultur umfasst die bei uns geltende Werteordnung christlicher Prägung, unsere Sitten und Traditionen sowie die Grundregeln unseres Zusammenlebens. Leitkultur ist das Gegenteil von Multikulti und Beliebigkeit.

Unser Land ist und bleibt christlich geprägt.

Das christliche Menschenbild trägt unsere Werte, christliche Feiertage bestimmen hier den Kalender, christliche Kirchen prägen unsere Orte und in den christlichen Traditionen wurzelt unser Brauchtum. Wir werden die christlichen Feiertage in Bayern uneingeschränkt erhalten. Wir sind tolerant und respektvoll gegenüber anderen Religionen, aber wir führen keine islamischen Feiertage ein. Wir müssen unsere christlichen Wurzeln bewahren.

Es geht um die offensive Verteidigung unserer Werte.

Wir müssen unsere kulturelle Identität aktiv verteidigen und auch leben. Das heißt: Keine Selbstrelativierung unserer Werte, kein voreilender Gehorsam und kein Verzicht auf unsere kulturellen Gepflogenheiten. Es bleibt dabei: Christkindlmärkte sind keine Winterfeste,

St. Martinsumzüge keine Lichterfeste. In öffentlichen Kantinen, Kindergärten und Schulen darf Schweinefleisch kein Tabu sein. Muslimische Mädchen sollen am Schwimmunterricht teilnehmen. In Deutschland gehört es sich, auch Frauen mit Handschlag zu begrüßen.

Bayern ist das Land der gelingenden Integration.

Schon immer kommen Menschen in großer Zahl nach Bayern. Die Menschen kommen zu uns, weil es hier herausragende Lebensperspektiven gibt. Gelungene Integration ist eine Bereicherung. Wer sich hier eine Existenz aufbaut, wer etwas leistet und sich in unsere Gemeinschaft einbringt, findet hier neue Heimat. In vielen Städten Bayerns sind die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund höher als beispielsweise im Land Berlin, die Probleme aber sind deutlich geringer. Bayern ist weltoffen, aber nicht multikulturell. In Bayern gelten Leitwerte. Integration hat bei uns eine Richtung. Deshalb gelingt bei uns Integration.

Integration nach dem Grundsatz des Forderns und Förderns.

Integration ist zuallererst eine Bringschuld. Es gilt die bayerische Hausordnung: Wer bei uns leben will, muss sich integrieren, Deutsch lernen und seinen Lebensunterhalt selbst verdienen. Mit einem Bündel an Maßnahmen haben wir die Voraussetzungen für gelingende Integration und das Erlernen der deutschen Sprache geschaffen. Wir werden die Integrationsbereitschaft von Zuwanderern künftig stärker einfordern als bisher. Das Gelingen der Integration ist Voraussetzung für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Wer sich der Integration verweigert und unsere Rechtsordnung missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen, die bis zum Verlust der Aufenthaltsberechtigung reichen können. Durch ein regelmäßiges Integrations-Monitoring wollen wir den Erfolg unserer Bemühungen überprüfen und Fehlentwicklungen frühzeitig korrigieren.

In Deutschland gilt ausnahmslos deutsches Recht, nicht die Scharia.

Wir lassen nicht zu, dass unter dem Deckmantel der „Kultursensibilität“ eine Aufweichung unserer Rechtsordnung betrieben wird. Eine Paralleljustiz wird nicht akzeptiert. Maßgeblich ist unsere Rechts- und Werteordnung und nicht die des Herkunftslandes. Islamische Friedensrichter werden bei uns nicht toleriert. Kinderehen, Mehrehen und Zwangsehen werden nicht geduldet und nicht anerkannt.

Die Burka hat in Deutschland nichts verloren.

Wir wollen das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit, wo immer dies rechtlich möglich ist, verbieten. Die Burka ist eine Uniform des Islamismus, ein maximales Integrationshindernis und ein in unserer Kultur nicht zu akzeptierendes Zeichen der Unterdrückung der Frau. Unsere Errungenschaften der Gleichberechtigung müssen auch für Zuwanderer gelten. Im öffentlichen Dienst und der Justiz verbietet sich zudem das Tragen des Kopftuchs. Die Neutralität des Gerichts muss schon durch die Kleidung zum Ausdruck kommen.

Ausländischen Einfluss auf Muslime in Deutschland reduzieren.

Wir fordern, dass die Muslime in Deutschland sich für einen Islam einsetzen, der unserer Werteordnung aus Humanismus und Aufklärung entspricht und salafistischen Strömungen eine klare Absage erteilt. Wir müssen den Einfluss aus dem Ausland auf die islamischen Gemeinden in Deutschland deutlich verringern. Finanzierung aus dem Ausland muss transparent gemacht werden. Künftig müssen mehr Imame in Deutschland ausgebildet werden. Ihre Predigten sollen auch in deutscher Sprache gehalten werden. Die Aufnahme von Imamen aus

dem Ausland, die nicht zweifelsfrei auf dem Boden der Verfassung stehen, muss beendet werden. Wir brauchen eine Überprüfung der Imame.

Es darf keinen neuen Antisemitismus in Deutschland geben.

Wir sind froh über die aktiven jüdischen Gemeinden und Zentren jüdischen Lebens in Bayern. Zum Grundkonsens unseres Zusammenlebens gehört die klare Absage an Rassismus und Antisemitismus in jeglicher Form. Jeder muss wissen, dass antisemitische oder ausländerfeindliche Hetze bei uns nicht geduldet wird.

VI. Klarer Kurs bei der Zuwanderung

Für uns stehen immer an erster Stelle Humanität und Hilfe für Menschen, die wirklich schutzbedürftig sind. Menschen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, wollen wir bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren. Im Gegenzug verlangen wir von ihnen Integrationsbereitschaft. Die Integrationsfähigkeit unseres Landes hat aber Grenzen. Wir müssen Zuwanderung besser kontrollieren und steuern. Für Ordnung und Begrenzung bei der Zuwanderung ist eine Obergrenze unabdingbar. Nur dann gelingen effektive Hilfe, Integration und Zusammenleben.

Unsere Ordnungsgarantie – Die Situation von 2015 darf sich nicht wiederholen.

Wir geben den Menschen die Garantie, dass sich der Zustand vom Herbst 2015 nicht wiederholen wird. Die CSU hat dazu einen effektiven Maßnahmenplan. Wir arbeiten konsequent daran, dass die Migrationszahlen auf niedrigem Niveau bleiben. Der Staat muss aber gerüstet sein, falls der Migrationsdruck wieder ansteigen sollte. Wir verstärken unser Engagement bei der Fluchtursachenbekämpfung. Die Balkanroute muss geschlossen bleiben und es dürfen keine neuen Routen entstehen. Europa muss Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika schließen. Ein wirksamer Grenzschutz ist essentiell. Im Notfall muss, wie seit langem gefordert, mit Transitzentren im Grenzbereich die Begrenzung sichergestellt werden.

Wir schützen Menschen, die vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung fliehen.

Wirklich Schutzbedürftige können bei uns auf Hilfe zählen. Bayern hat bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise mit den vielen ehrenamtlichen Helfern und dem Engagement der Kommunen eine einzigartige Visitenkarte der Humanität abgegeben. Wir wollen, dass Schutzbedürftige künftig in der EU fair verteilt werden. Dies kann nur durch gemeinschaftliche Kontingente der Staatengemeinschaft erfolgen. Innerhalb Europas sollen sich alle Staaten auf Basis einheitlicher Asylgesetzgebung und gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einbringen.

Der größte Akt der Humanität ist eine wirkungsvolle Fluchtursachenbekämpfung.

Damit wir wirklich Schutzbedürftigen helfen können, muss die Bekämpfung von Fluchtursachen vorrangiges Ziel deutscher Außen- und Entwicklungspolitik sein. Wir wollen Länder in den Krisenregionen stärker unterstützen, damit sich die Menschen gar nicht erst auf den gefährlichen Weg zu uns machen. In den Heimatländern und Anrainerstaaten müssen Perspektiven für Flüchtlinge und die einheimische Bevölkerung geschaffen werden.

Deutschland braucht eine Obergrenze für Flüchtlinge.

Die seit langem geforderte Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen pro Jahr für Deutschland ist notwendig, um eine gelingende Integration zu gewährleisten. Unsere Aufnahmefähigkeit ist nicht grenzenlos. Unsere Verantwortung ist eine doppelte: gegenüber unserer heimischen Bevölkerung und gegenüber den wirklich schutzbedürftigen Flüchtlingen. Beidem können wir nur gerecht werden, wenn die Flüchtlingszahlen in unserem Land nachhaltig begrenzt werden. Nur mit einer Begrenzung wird Integration gelingen, nur mit einer Begrenzung wird sich die Sicherheitslage nicht weiter verschärfen und nur mit einer Begrenzung werden wir die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung erhalten. Es ist deshalb unsere Pflicht, eine Überlastung von Staat und Solidargemeinschaft zu verhindern.

Wir wollen den Familiennachzug begrenzen.

Ein Grundsatz des Asylrechts ist es, Familien nicht zu zerreißen. Wer als anerkannter Asylbewerber ein dauerhaftes Bleiberecht hat, kann seine Familie nachholen. Unter Familiennachzug verstehen wir die Kernfamilie aus Vater, Mutter und minderjährigen Kindern. Für Flüchtlinge mit nur vorübergehendem Schutzrecht soll es über 2018 hinaus bei der Aussetzung des Familiennachzugs bleiben.

Es ist die ureigene Aufgabe eines jeden Staates, seine Grenzen zu sichern.

Jeder Staat hat das souveräne Recht zu bestimmen, wer ins Land darf und wer nicht. Wir dulden keine illegalen Grenzübertritte. Im Interesse unserer Bürger und unserer Sicherheit müssen wir wissen, wer sich bei uns aufhält. Dafür sind strikte und effektive Einreisekontrollen erforderlich. Solange der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert, ist weiterhin die Kontrolle der deutschen Binnengrenzen erforderlich.

Wer nicht bleiben darf, muss gehen.

Illegale Einwanderung muss unterbunden werden. Wer kein Bleiberecht hat, muss das Land verlassen. Abgelehnte Asylbewerber müssen so rasch wie möglich in ihre Heimatstaaten zurückkehren. Rückführungen müssen bundesweit koordiniert und mit aller Konsequenz vollzogen werden. Rückführungen dürfen nicht daran scheitern, dass Herkunftsstaaten sich weigern, ihre Landsleute zurückzunehmen. Unser Ansatz ist, rücknahmewillige Staaten zu unterstützen und Anreize zur Rücknahme zu schaffen. Wer bei der Rückübernahme kooperiert, erhält beispielsweise Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte, die vor Ort Bleibeperspektiven schaffen. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten muss erweitert werden. Die Blockade von Rot-Grün bei den Maghreb-Staaten muss beendet werden.

Asyl heißt Schutz auf Zeit.

Wenn der Fluchtgrund entfällt, müssen Asylsuchende in ihre Heimatländer zurückkehren. Wir wollen die freiwillige Rückkehrbereitschaft erhöhen. Wir haben ein Rückführungsprogramm mit attraktiven Angeboten für freiwillige Rückkehrer aufgelegt. Wir werden weiterhin bei der Jobvermittlung oder bei Existenzgründungen im Herkunftsland unterstützen. Ihre bei uns erworbenen beruflichen Fähigkeiten können sie in der Heimat sehr gut einsetzen. Wer nach Wegfall des Fluchtgrundes nicht freiwillig zurückkehrt, den müssen wir konsequent zurückführen.

Asylmissbrauch wirksam bekämpfen.

Wir müssen dafür sorgen, dass sich Asylbewerber nicht unrechtmäßig Leistungen erschleichen. Jeder muss persönlich angehört und genauestens überprüft werden. Es darf nicht sein, dass sich Asylbewerber unter falschem Namen in mehreren Städten anmelden. Mehrfachidentitäten darf es im Asylverfahren nicht geben. Wir müssen unsere Behörden zu einem effektiven Datenabgleich ertüchtigen.

Wer straffällig wird, verliert sein Gastrecht.

Wer Gastrecht genießt, muss sich entsprechend benehmen. Wer in Deutschland straffällig wird, hat sein Gastrecht verwirkt und muss konsequent abgeschoben werden. Wir wollen keinen Import von Kriminalität. Gewalttätige Konflikte der Heimatländer dürfen nicht nach Deutschland importiert und hier ausgetragen werden.

Keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme.

Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme akzeptieren wir nicht. Zuwanderung darf nicht zu Lasten derjenigen gehen, die schon lange in unser Sozialsystem einzahlen. Wir brauchen schärfere Zugangsregeln für Sozialleistungen, die Karenzzeiten vorsehen. Für Menschen, die die überwiegende Zeit ihres Erwerbslebens nicht in Deutschland verbracht und dadurch hierzulande weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt haben, dürfen Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht uneingeschränkt gewährt werden. Den ungerechten Kindergeldtransfer ins Ausland müssen wir beenden. Wir wollen das Kindergeld für in der Heimat lebende Kinder von EU-Ausländern kürzen und dem Niveau des Herkunftslandes anpassen.

Wir ordnen und steuern mit einem Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz.

Deutschland kann nur eine begrenzte Zahl an Zuwanderern verkraften. Ein Einwanderungsgesetz, das ungehemmte Zuwanderung bedeuten würde, lehnen wir deshalb entschieden ab. Wir müssen selbst entscheiden können, wer zu uns passt und wen wir brauchen. Wir wollen mit einer Neuausrichtung unseres bisher geltenden Aufenthaltsrechts den Bedarf an Fachkräften besser steuern: Zuwanderer, die gebraucht werden, einen gültigen Arbeitsvertrag haben, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und sich kulturell gut integrieren lassen. Steuerung und Begrenzung bei der Zuwanderung sind Voraussetzung für gelingende Integration.

Ab der Enkelgeneration kein Doppelpass mehr.

Die deutsche Staatsangehörigkeit verpflichtet zur ungeteilten Loyalität zu Deutschland. Wir wollen keine generelle doppelte Staatsbürgerschaft. Der Doppelpass soll künftig nicht mehr weitervererbt werden. Deshalb sind wir für den Generationenschnitt. Gegenüber den Ländern, die beim Generationenschnitt nicht kooperieren, wollen wir die Optionspflicht wieder einführen.

VII. Heimat und Zusammenhalt

Heimat stiftet Identität und spendet den Menschen Sicherheit. Wir sind offen für Fortschritt und pflegen gleichzeitig Tradition und Brauchtum. Heimat und Weltoffenheit stehen für das freiheitliche bayerische Lebensgefühl. Zusammenhalt braucht gemeinsam gelebte Werte. Die CSU steht für dieses Miteinander und für eine starke Gemeinschaft. Wir lieben unsere Heimat.

Wir sind in Bayerns Vielfalt verwurzelt.

In der Vielfalt der Regionen liegt unsere Stärke. Zu Bayern gehören seine vier Stämme: die Altbayern, die Schwaben, die Franken und die Sudetendeutschen mit allen deutschen Heimatvertriebenen. Wir werden die Landsmannschaften, unsere deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler, weiterhin dabei unterstützen, ihr vielfältiges kulturelles und geistiges Erbe zu bewahren sowie ihr Brauchtum lebendig zu halten. Zu Bayern gehört die jüdische Gemeinschaft, der wir uns besonders verpflichtet wissen. Zu Bayern gehören auch die Bürger, die hier neue Heimat gefunden haben. Wir sind allen gleichermaßen verbunden.

Ehrenamt hat unschätzbaren Wert.

Wer sich im Sport- oder Musikverein, bei karitativen Organisationen, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und vielen weiteren Organisationen sowie Vereinen engagiert, trägt in besonderer Weise zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Diesen Gemeinsinn wollen wir stärken. Traditionen, Brauchtum und die verschiedenen Dialekte in Bayern verdienen besondere Pflege und sind Ausdruck von Heimatverbundenheit. Das Ehrenamt hat in Bayern Verfassungsrang. Für die Zukunft müssen wir Wege finden, wie sich Arbeit und Ehrenamt besser verbinden lassen. Die Ehrenamtskarte soll flächendeckend eingeführt werden. Als hauptamtliche Unterstützung und zentrale Anlaufstelle werden wir eine Ehrenamtsstiftung neu errichten.

Unser Land ist eine Kulturnation.

Kunst und Kultur sind wichtige Standortfaktoren und geben unserer Gesellschaft Kraft und Kreativität. Sie sind gesellschaftliches Bindeglied und ökonomische Kraftquelle zugleich. Wir fördern Leuchtturmprojekte als kulturelle Glanzlichter und mit Weltgeltung genauso wie regionale Kostbarkeiten in den ländlichen Regionen. Wir wollen ausgewählte Zeugnisse der regionalen Geschichte zu den Menschen vor Ort bringen, etwa durch geeignete Überlassung oder Dauerleihgabe von Kulturgütern.

Heimat gestalten heißt Kommunen stärken.

Die Kommunen sind das Fundament des Staates und die Heimat der Menschen. Hier gestalten Menschen ihr unmittelbares Lebensumfeld. Wir wollen ein lebendiges Miteinander in Städten, Dörfern und Gemeinden. Wir geben Kommunen möglichst viel Eigenverantwortung. Unser Anspruch ist: So viel kommunale Selbstverwaltung wie möglich und so wenig staatliche Reglementierung wie nötig. Die öffentliche Daseinsvorsorge im fairen Wettbewerb ist Sache der Kommunen. Unser Trinkwasser darf nicht kommerzialisiert werden. Weil uns unsere Kommunen so wichtig sind, sorgen wir für nachhaltige kommunale Finanzen – mit dem höchsten Kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten. Die Städtebauförderung werden wir zu einem Instrument der Städte- und Gemeindeförderung weiterentwickeln.

Bürgerbeteiligung ausbauen, bundesweite Volksentscheide ermöglichen.

Unser Politikstil ist, die Bürger an der Ausgestaltung unserer Politik stets eng zu beteiligen. Bürgerbeteiligung bereichert und ergänzt die parlamentarische Demokratie. Die CSU möchte künftig auch im Bund das Volk bei grundlegenden Fragen für Land und Menschen direkt beteiligen. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und bei europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden. Wir wollen, dass das Grundgesetz durch das deutsche Volk auch auf dem Weg von Volksbegehren

und Volksentscheid mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann. Der Wesenskern der Verfassung, der Grundrechte und der föderalen Ordnung sind davon ausgenommen.

Versorgungsgarantie für alle Landesteile.

Alle Landesteile müssen sich gleichermaßen entwickeln können. Wir lassen keine Region zurück. Es war eine historische Entscheidung der CSU, dass wir uns in Bayern nicht nur auf Ballungsräume konzentrieren. Das ganze Land muss am Wohlstand teilhaben. Wir garantieren den Menschen, dass wir die ländlichen Räume lebens- und liebenswert erhalten und dafür sorgen, dass sie Zugang zu allen wesentlichen Daseinsbereichen haben. Arbeit, Bildung, Gesundheit, Mobilität und digitales Leben müssen auch am Land funktionieren, nicht nur im Metropolbereich. Gleichwertige Lebensbedingungen sind die Voraussetzung für faire Chancen. Niemand soll dem ländlichen Raum wegen unattraktiver Angebote den Rücken kehren müssen.

Eine bundesweite Dezentralisierungsstrategie auflegen.

Der Freistaat fördert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Dazu tragen unsere Heimatstrategie und eine verantwortungsvolle Landesentwicklung bei. Nach diesem Vorbild wollen wir bundesweit eine Dezentralisierungsstrategie auflegen. Dem Sog in die Ballungsräume treten wir aktiv entgegen. Durch die Errichtung von Behörden, Hochschulen und Forschungsinstituten im ländlichen Raum bringen wir die Arbeit zu den Menschen.

Wir starten eine „Offensive ländlicher Raum“.

Der ländliche Raum soll auch in Zukunft Heimat für die Menschen und die regional verankerte Wirtschaft sein. Wir stärken die Gemeinschaftsaufgaben „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und entwickeln sie zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Räume“ weiter. Wir stärken ländliche Räume gezielt bei Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Bildungseinrichtungen.

Versorgungsmöglichkeiten auf dem Land neu denken.

Wir wollen vernetzte und lokal angepasste Mobilitätslösungen umsetzen, die den öffentlichen Nahverkehr ergänzen – etwa durch Mitfahrplattformen, Bürgerbusse und Carsharing. Neue digitale Möglichkeiten eröffnen große Chancen für gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir brauchen auch in Zukunft im ländlichen Raum ein gutes Niveau an medizinischen und pflegerischen Leistungen. Ärzte, Hebammen, Pflegepersonal, Notfallversorgung und Krankenhäuser müssen erreichbar bleiben. Medizinische Fernbetreuung kann helfen, Gesundheitsversorgung zu optimieren und allen Patienten Zugang zu spezialisierten Ärzten zu gewährleisten. Sie kann aber den Arzt in der Nähe nicht ersetzen. Die Versorgung mit Bargeld und Bankleistungen vor Ort muss gewährleistet sein.

Krankenhäuser wohnortnah sichern.

Die Bürger brauchen eine flächendeckende Krankenhausversorgung auf hohem Niveau. Die Investitionen in unsere Krankenhäuser müssen wir bundesweit erhöhen. In Bayern gehen wir dazu mit gutem Beispiel voran. Krankenhäuser brauchen eine auskömmliche Finanzierung ihrer Leistungen. Das gilt auch für die ambulante Notfallversorgung. Der Bund soll dafür sorgen, dass die Preisentwicklung bei der Krankenhausvergütung, vor allem durch vollen Ausgleich der Tarifsteigerung, berücksichtigt wird. Den Krankenhausstrukturfonds werden wir zur

Verbesserung der IT-Sicherheit und Stärkung der sektorenübergreifenden Versorgung fortsetzen.

Apotheken schützen.

Eine flächendeckende Versorgung mit Apotheken ist unabdingbar. Wir wollen sicherstellen, dass Apotheken auch außerhalb der Ballungsräume existieren können. Wir setzen uns für ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in Deutschland ein.

Wir geben eine Landarztgarantie.

Wir wollen eine flächendeckende wohnortnahe medizinische Versorgung mit Fach- und Hausärzten sichern. Wir setzen uns für die bundesweite Einführung einer Landarztquote im Medizinstudium ein. Die Zahl der Medizinstudienplätze werden wir bundesweit um 10 Prozent erhöhen. Mit dem Masterplan Medizinstudium 2020 werden die Weichen für eine moderne Ausbildung der nächsten Medizinergeneration gestellt. Die Umsetzung soll zügig erfolgen. Dieses Ziel soll durch Bundesmittel unterstützt werden.

Wir sichern die Geburtshilfe und stärken die Hebammen weiter.

Mit einem Soforthilfe-Paket haben wir in einem ersten Schritt die freiberuflichen Hebammen finanziell unterstützt und für mehr Rechtssicherheit gesorgt. Die Verbesserungen für Hebammen werden wir auch auf Belegärzte übertragen. Die Hauptabteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe brauchen einen verbesserten Haftungsschutz. Wir wollen die Geburtshilfe in den ländlichen Räumen bedarfsgerecht sicherstellen.

Wir bringen einen neuen Digitalisierungsschub in die Medizin.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen für die medizinische und pflegerische Versorgung. Wir wollen die Telemedizin ausbauen und die Einführung der digitalen Patientenakte fördern. Das entlastet von unnötiger Bürokratie und erhöht die Qualität der Versorgung. Der Einzelne muss immer die Hoheit über seine Gesundheitsdaten haben. Ein Nationales Gesundheitsportal soll wissenschaftlich abgesicherte und verständliche Informationen bündeln und im Internet zur Verfügung stellen. Modernste Assistenzsysteme können Menschen im Alltag von schweren Tätigkeiten entlasten und in vielfältiger Weise unterstützen. Das kann gerade für ältere Menschen besonders wichtig sein und ihnen dabei helfen, länger als bisher selbstständig in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben.

Wir wollen einen gesunden Wettbewerb in der Medienlandschaft.

Meinungsvielfalt braucht Medienvielfalt. Wir arbeiten für den Erhalt unserer regionalen Zeitungen. Das wollen wir im Verlagsrecht berücksichtigen. Wir setzen gute Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Medienlandschaft und stärken Angebote für Medienkompetenz. Wir wollen eine vorurteilsfreie Diskussion über die Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft in Deutschland. Kostspielige Doppelstrukturen sollen beseitigt werden, die Programmvietalt erhalten bleiben. Den Filmstandort Deutschland wollen wir im globalen Wettbewerb weiter stärken.

Automatisierter Meinungsmache entgegenwirken.

Suchmaschinen und soziale Netzwerke haben zu gewährleisten, dass eigene Angebote nicht bevorzugt und Meinungen nicht gewichtet werden. Sie sind in der Pflicht, gegen automatisierte Meinungsmache und Hasskommentare vorzugehen und sie zu unterbinden.

VIII. Soziale Sicherheit

Bei der CSU steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir lassen niemanden zurück. Das entspricht unserer Orientierung am christlichen Menschenbild. Solidarität ist die zwingende Ergänzung von Eigenverantwortung. Auch derjenige, der trotz allem Bemühen nicht für sich sorgen kann, hat das Recht auf soziale Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Deutschland kann sich einen starken Sozialstaat leisten, weil wir wirtschaftlich stark sind. Wir stehen für einen Sozialstaat, der Leistung honoriert und einen fairen Ausgleich schafft.

Vollbeschäftigung bis 2025.

Wir haben in den vergangenen zwölf Jahren die Arbeitslosigkeit halbiert, für Rekordbeschäftigung in Deutschland gesorgt und die Jugendarbeitslosigkeit auf das europaweit niedrigste Niveau gesenkt. Für uns ist jeder Arbeitslose einer zu viel. Spätestens 2025 soll in ganz Deutschland Vollbeschäftigung herrschen. Unsere Anstrengungen für Langzeitarbeitslose und deren Kinder wollen wir verstärken und für eine bessere Re-Integration in den Arbeitsmarkt sorgen. Wir wollen in großer Zahl neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in Deutschland ansiedeln.

Für gute Arbeit sorgen.

Wir wollen, dass Menschen in Vollzeit von ihrer Arbeit leben und für sich selbst sorgen können. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse lehnen wir ab. Unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen die Regel bleiben. Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt, die Eltern Flexibilität, Aufstiegs- und Qualifizierungschancen bietet. Der Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit und umgekehrt muss einfacher möglich sein.

Eigenverantwortung belohnen.

Wer sich anstrengt, muss mehr haben als derjenige, der dies nicht tut. Die CSU steht für Leistungsfreude und Fairness. Der Sozialstaat ist dann falsch verstanden, wenn er Leistung hemmt und ein allumfassender Versorgungsanspruch mit Vollkasko mentalität abgeleitet wird. Der Einzelne kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er sich selbst nicht helfen kann. Um Missbrauch zu vermeiden, sind aber Sanktionen notwendig. Leistung muss sich lohnen. Wer sich anstrengt und etwas leistet, darf am Ende nicht der Dumme sein.

Mit der Mütterrente II für Gerechtigkeit sorgen.

Diejenigen, die auf Erwerbsarbeit verzichtet und Kinder großgezogen haben, dürfen nicht das Nachsehen haben. Staat und Gesellschaft sind diesen Frauen etwas schuldig, sie haben eine bessere Rente verdient. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der Wertschätzung. Mit dem zweiten Kindererziehungsjahr in der Rente für Geburten vor 1992 haben wir einen ersten Schritt getan. Wir wollen die Gerechtigkeitslücke schließen: Mütter, die ihre Kinder vor 1992 auf die Welt gebracht haben, sollen künftig auch das dritte Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen. Wir wollen die Mütterrente II einführen. Damit erreichen wir die vollständige Gerechtigkeit bei diesen Müttern. Das bedeutet rund 360 Euro mehr pro Jahr für die betroffenen Frauen und ist deshalb auch ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Altersarmut.

Verlässlichkeit bei der Rente.

Die Rente muss für alle Generationen – Kinder, Beitragszahler und Rentner - gerecht, berechenbar und zuverlässig sein. Unsere erfolgreiche Politik der letzten Jahre hat zu mehr Be-

schäftigung und Wachstum geführt. Das hat die Lage der Rentenversicherung deutlich verbessert und die gesetzliche Rente stabilisiert. Durch die Rentenreform 2007 haben wir für Generationengerechtigkeit gesorgt und die Weichen gestellt, dass die Renten bis 2030 sicher und verlässlich sind. Gleichzeitig bleiben die Rentenbeiträge der Arbeitnehmer auch über 2020 hinaus stabil.

Eine Kommission wird Antworten für die Rente nach 2030 liefern.

Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll. Sollte sich vor dem Jahr 2030 aufgrund der Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf bei der betrieblichen oder privaten Vorsorge ergeben, werden wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Klares Signal für das Leistungsprinzip bei der Rente.

Wer mehr eingezahlt hat, muss im Alter auch mehr haben. Unsere Rente ist eine Alterssicherung durch Leistung. Sie ist ein von den Bürgern selbst erarbeiteter Anspruch und keine Alimentation durch den Staat. Eine Abkehr vom Leistungsprinzip wird es mit uns nicht geben.

Verbesserungen bei Erwerbsunfähigkeit schaffen.

Wir haben die Zurechnungszeiten für Erwerbsminderungsrenten zweimal erhöht. Wir sichern diejenigen besser ab, die aufgrund eines Unfalls oder einer Krankheit ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen können. In der neuen Wahlperiode werden wir für diese Personengruppe weitere Verbesserungen durchsetzen.

Wir werden die Rentennachteile bei Spätaussiedlern beseitigen.

Aussiedler und Spätaussiedler sind häufig von Altersarmut betroffen, weil ihre frühere Tätigkeit im Herkunftsland nicht vollständig bei der Rente berücksichtigt wird. Die entstandenen Nachteile bei der Rentenangleichung werden wir ausgleichen. Wir wollen, dass die Berufstätigkeit im Fremdrentengesetz besser anerkannt wird und die zu niedrigen Renten angehoben werden.

Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung.

Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir einen Systemwechsel vollzogen: Weg von der Sozialhilfe hin zu mehr Teilhabe und Selbstbestimmung. Eine Behinderung darf kein Armutsrisiko für den Betroffenen oder sein Umfeld darstellen. Durch Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt beitragen zu können, hat für Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung. Es braucht mehr Offenheit bei der Einstellung von Mitarbeitern mit Behinderung. Inklusion soll möglichst in allen Lebensbereichen verwirklicht werden. Bayern soll im öffentlichen Bereich komplett barrierefrei werden.

Gesundheit darf keine Frage von Einkommen sein.

Kranke, Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können. Der medizinische und technische Fortschritt muss für alle da sein. Der Präventionsgedanke soll weiter gestärkt werden. Einer Zwei- oder Mehrklassenmedizin erteilen wir eine Absage. Die CSU lehnt ein System ab, bei dem jeder unabhängig vom Einkommen gleich viel zahlen muss. Mit uns wird es keine Bürgerversicherung und keine

Kopfpauschale geben. Wir treten für eine vielgestaltige Versicherungslandschaft ein, in der verschiedene Modelle ihren Platz haben.

Pflege ist eine Herzensangelegenheit.

Menschen, die sich um andere kümmern, haben unsere besondere Wertschätzung verdient. Mit den Pflegestärkungsgesetzen haben wir Fortschritte erzielt: mehr Leistungen für Pflegebedürftige, mehr Entlastung für pflegende Angehörige, bessere Beratung zu Pflegeleistungen und mehr Zeit für Pflegekräfte. Pflege neu zu denken heißt auch, mehr Flexibilität im Alltag von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zu ermöglichen. Wir wollen die ambulante Pflege stärken, Angebote zur Kurzzeitpflege und zur Unterstützung im Alltag ausbauen. Wir werden ein bundesweites Investitionsprogramm für Kurzzeitpflege auflegen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für das Pflegepersonal weiter verbessern und die Attraktivität steigern. Wir werden mit allen Beteiligten eine „Konzertierte Aktion Pflege“ ins Leben rufen. Oberstes Ziel bleibt die gute Qualität der Pflege.

Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige.

Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutsrisiko für die Angehörigen werden. Wer seine nahen Angehörigen pflegt, muss die beste Unterstützung bekommen. Ein Rückgriff auf Kinder soll erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen.

Hospiz- und Palliativversorgung.

Schwerstkranke und sterbende Menschen sollen möglichst bis zuletzt in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Gesellschaft, Gesundheitswesen und Staat sind in der Pflicht, die Hospiz- und Palliativversorgung umfassend auszubauen. Die Finanzierung versteht sich als Aufgabe der Solidargemeinschaft. Wir wollen jede Form der organisierten und geschäftsmäßigen Sterbehilfe unterbinden. Wir schützen die unantastbare Würde des Menschen bis zuletzt.

IX. Verantwortung für die Schöpfung

Die Schönheit von Natur und Landschaft, sauberes Wasser, reine Luft und gesunde Böden – das sind Schätze unseres Landes. Die CSU setzt sich dafür ein, dass unsere Landschaft mit ihren Bergen und Seen, Wiesen und Wäldern so bleibt, wie wir sie kennen. Wir bewahren unsere Schöpfung für die kommenden Generationen. Unsere Bauern tragen hierzu maßgeblich bei. Innovative und nachhaltige Landwirtschaft arbeitet nicht nur wirtschaftlich, sondern schützt gleichzeitig den Naturhaushalt. Auch in Zukunft gilt es, Ökonomie und Ökologie zusammenzubringen.

Wir bewahren die Schöpfung für die Zukunft.

Der achtsame Umgang mit unserer Umwelt, mit Grund und Boden sowie der Tierwelt und der Vielfalt der Arten ist uns Auftrag. Dabei setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation. Für uns kommen Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und kooperativer Umweltschutz vor staatlicher Regulierung. Unsere Landwirte und Waldbesitzer erbringen unverzichtbare Leistungen für unsere wunderbare Landschaft und Natur. Wir wollen Ehrenamtlichen mehr Möglichkeiten geben, sich für unsere bayerische Heimat einzusetzen. Freiwillige Helfer tragen maßgeblich zum Erfolg des Natur- und Umweltschutzes bei. Wir werden mehr Geld für Biodiversität ausgeben und mehr dafür tun, dass unsere Oberflächengewässer und das Grundwasser gute

Qualität aufweisen. Sauberstes Trinkwasser ist unser Lebensmittel Nummer 1. Wir fördern die Umweltbildung besonders für Kinder und Jugendliche, um das Bewusstsein für ein Leben im Einklang mit der Natur zu vermitteln.

Wir stehen für einen heimatverbundenen Fortschritt.

Wachstum ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt lehnen wir ab. Es gilt, Wohlstand im Einklang mit Heimat und Natur auszubauen, vom Tourismus über Infrastrukturmaßnahmen bis zur Energiegewinnung. Wir machen Bayern zum Modell für die Symbiose von Ökologie und Ökonomie. Wir führen intelligentes Wachstum und ökologische Innovation zusammen. Wir wollen bis 2020 das rohstoffeffizienteste Land in Deutschland sein. Betriebliches Umweltmanagement werden wir erleichtern und finanzielle Anreize in diesem Bereich verstärken.

Flächenverbrauch eindämmen, landwirtschaftliche Produktionsfläche schützen.

Der Verlust von Flächen, insbesondere der Landwirtschaft, muss gebremst werden. Flächen sind knapp, und die Nachfrage nach Lebensmitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen wächst. Das Ausgleichsflächensystem wollen wir reformieren, vereinheitlichen und vereinfachen. Die Praxis, immer mehr hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen als Ausgleichsflächen für Infrastruktur- und Bauvorhaben aus der produktiven Nutzung zu nehmen, lehnen wir ab. Eine Zwangsstilllegung landwirtschaftlicher Flächen darf es nicht geben. Der Bau neuer Anlagen im Rahmen der Energiewende sollte möglichst ohne Ausgleichsmaßnahmen auskommen.

Tierwohl ist uns ein großes Anliegen.

Die Stärke der bäuerlichen Landwirtschaft liegt in der artgerechten und bodengebundenen Tierhaltung. Nur gesunde Tiere können hochwertige Produkte liefern. Deshalb ist dem Landwirt selbst in hohem Maße an Tierwohl in der Nutztierhaltung gelegen. Weitere Verbesserungen im Tierwohl müssen als grenzüberschreitende Herausforderung begriffen werden. Europa ist gefordert, einheitliche Standards für Tierschutz und Tierwohl zu schaffen. Die Weiterentwicklung im Tierwohl muss praxistauglich sein und darf kleine und mittlere Betriebe nicht überfordern.

Unser Land braucht Bauern.

Bäuerliche Familienbetriebe gehören untrennbar zu dem, was Bayern für uns ausmacht: vielfältige Kulturlandschaften, lebendige dörfliche Strukturen, Wertschöpfung und Beschäftigung auch in den ländlichen Räumen. Ohne Landwirtschaft und Forstwirtschaft gibt es keine starken ländlichen Räume. Landwirte sichern unsere Versorgung mit hochwertigen heimischen Lebensmitteln. Unsere Land- und Forstwirte verdienen Wertschätzung. Das Leitbild ist der familiengeführte Landwirtschaftsbetrieb. Besonders die Arbeit der kleinen und mittleren Betriebe muss wieder mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Unser Ziel ist es, die breite Vielfalt unserer Landwirtschaft zu erhalten. Die CSU steht für den Schutz des Eigentums. Ein breit gestreutes Eigentum ist die Grundlage jeder land- und forstwirtschaftlichen Produktion in bäuerlicher Hand. Land- und Ernährungswirtschaft sollen in einem eigenständigen Ressort erhalten bleiben.

Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Land- und Forstwirtschaft sichern.

Ökologische und soziale Leistungen der Landwirte, die gesellschaftlich gewünscht sind, müssen angemessen ausgeglichen werden. Wir treten auch nach 2020 für die Fortführung der

Direktzahlungen auf hohem Niveau ein und lehnen eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule ab. Wir wenden uns strikt gegen die Bestrebungen anderer Parteien, den Bauern das Geld wegzunehmen. Durch eine degressive Ausgestaltung der Direktzahlungen wollen wir kleine Betriebe weiter stärken. Die Belastung für unsere Betriebe durch Bürokratie muss eingedämmt werden. Wir brauchen mehr Ausnahmeregeln für kleine Betriebe und müssen Mehrfachkontrollen verhindern. Der Einsatz nachwachsender Rohstoffe bietet zusätzliche Einkommensquellen für Land- und Forstwirtschaft.

Bauernhof 4.0 fördern.

Innovationen in der Landwirtschaft wollen wir durch einen Innovationsfonds für die Landwirte und Innovationsberatung voranbringen. Um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, sind der technische, biologische und digitale Fortschritt in der Landwirtschaft sowie Innovationen wie Smart Farming maßgebend. Präzisionslandwirtschaft leistet gleichzeitig einen Beitrag zu Ressourcen- und Klimaschonung. Die Agrarforschung und Digitalisierung der Landwirtschaft müssen nachdrücklich verstärkt werden. Innovationen für den Bauernhof 4.0 wollen wir in der Öffentlichkeit durch aktive Kommunikation unterstützen.

Qualität hat auch bei Lebensmitteln ihren Preis.

Unsere heimischen Erzeuger sollen über die Marktpreise ein sicheres und ausreichendes Einkommen erzielen können. Wir wollen die Marktstellung der Landwirte verbessern und das einseitige Preisrisiko zulasten der Erzeuger und Hersteller von Lebensmitteln beenden. In einer fairen Lieferkette tragen auch verarbeitende Industrie und Handel Verantwortung. Auf EU-Ebene setzen wir uns für eine Verbesserung der Kriseninstrumente ein. Export von bayerischen Agrarprodukten werden wir verstärkt fördern. Wir fordern eine dauerhafte Risikoausgleichsrücklage, damit die Betriebe in guten Jahren steuerfrei für Jahre mit Einbrüchen zurücklegen können.

Landwirtschaft in die Mitte der Gesellschaft.

Der Dialog zwischen Erzeugern und Verbrauchern ist uns besonders wichtig. Wir wollen das Bewusstsein und die Wertschätzung für unsere gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmittel stärken. Hochwertige Nahrungsmittel sollen möglichst in der Region erzeugt werden. Mit der Marke Bayern positionieren wir unsere Lebensmittel im Premiumsegment. Wir werden Ernährungsbildung für alle Verbraucher, insbesondere für Kinder und Jugendliche, fördern. Lebensmittelverschwendung muss reduziert werden. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit bei Erzeuger, Handel und Verbraucher. Wir schreiben niemandem vor, was er essen darf. Wir setzen uns für eine effektivere Lebensmittelkontrolle im Sinne des Verbraucherschutzes ein. Jeder soll darauf vertrauen können, dass die von ihm gekauften Produkte und Lebensmittel sicher sind.

Keine Gentechnik auf bayerischen Feldern.

Wir haben das Selbstbestimmungsrecht beim Anbau von Gentechnikpflanzen für die EU-Mitgliedsstaaten durchgesetzt und damit sichergestellt, dass es auch weiterhin keine Gentechnik auf Bayerns Feldern gibt. Mit der CSU bleibt es beim Nein zum Anbau von Gentechnikpflanzen. Patenten auf Pflanzen und Tiere erteilen wir eine klare Absage.

Bayerns Wälder schützen und nützen.

Eine nachhaltige Forstwirtschaft sichert die Funktionen unseres Waldes: Er bietet Heimat für Tiere und Pflanzen und schützt das Klima. Er liefert natürliche Rohstoffe und ist seit jeher ein Rückzugsort für uns Menschen. Wer Klima- und Ressourcenschutz will, der kommt an einer nachhaltigen Nutzung unserer Wälder nicht vorbei. Die Jagd leistet nicht nur einen Beitrag zur Sicherung der Artenvielfalt, sondern ist auch Kulturgut. Jäger und Sportschützen dürfen nicht kriminalisiert werden.

Klimaschutz als Querschnittsaufgabe vorantreiben.

Wir unterstützen das europäische Klimaziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren. International ist der bislang größte Erfolg der Bemühungen zur Begrenzung der Erderwärmung das Pariser Klimaschutz-Abkommen von 2015. Zur Zielerreichung brauchen wir ein Bündel an Maßnahmen: Projektförderung für Kommunen und Wirtschaft, Ausdehnung natürlicher CO₂-Speicher und mehr Klimaforschung. Klimaschutz muss international abgestimmt sein, insbesondere im Emissionshandel.

Mit uns wird es keine generellen Dieselfahrverbote in bayerischen Städten geben.

Die Luftqualität in Bayern und der Gesundheitsschutz der Bürger sind uns wichtig. Gerade im Verkehrsbereich müssen wir zu einer weiteren Verminderung des Schadstoffausstoßes gelangen. Das Verbot von Verbrennungsmotoren und Fahrverbote in Innenstädten sind der falsche Weg. Wir brauchen für klimafreundliche Autos Anreize statt Verbote. Wir schließen einen Nachrüstungspakt mit der Automobilindustrie. Wir wollen den „sauberen“ Diesel. Zur Reduzierung der Luftbelastung sind intelligente urbane Verkehrskonzepte notwendig. Anstatt Bürger auszusperrern, wollen wir insbesondere E-Flotten für die Städte: Busse, Taxen, Rettungswagen und weitere Fahrzeuge, die dauerhaft im Stadtverkehr sind, sollen auf umweltfreundliche Antriebe umstellen. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr fördern und kommunale Projekte wie City-Logistik oder Fahrradkonzepte unterstützen.

Wir arbeiten ehrgeizig für mehr Hochwasserschutz.

Schutz vor Hochwasser bedeutet Sicherheit für die Menschen vor Ort. Investitionen in den vorsorgenden Hochwasserschutz sind ein Beitrag zur Daseinsvorsorge. Wir unterstützen unsere Kommunen dabei. Wir setzen beim Hochwasserschutz auch auf gesteuerte Flutpolder und natürlichen Rückhalt. Die Interessen der Flächeneigentümer müssen dabei berücksichtigt werden. Wir bringen Nachhaltigkeit und effektiven Hochwasserschutz in Einklang. Wir wollen positive Effekte für den Natur- und Artenschutz entlang der Flüsse erzielen. Regionen und Kommunen sollen durch ein Gesamtpaket vom technischen Hochwasserschutz, über flächendeckenden natürlichen Hochwasserrückhalt, bis zu einem Vorwarnsystem gestärkt werden.

Tourismus und Naturschutz verbinden.

Bayern ist bei ausländischen wie inländischen Touristen so beliebt wie noch nie. Der Tourismus in Bayern boomt. Das ist Beleg für die Attraktivität des Freistaats. Der Trend des umweltbewussten Reisens verbindet Tourismus mit Naturschutz. Naturtourismus ist vor allem für unsere ländlichen Räume ein Motor für die Entwicklung. Wir wollen den Naturtourismus in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Naturschutzförderung und Kulturlandschaftspflege sollen mehr Mittel bekommen.

Erneuerbare Energien im Einklang mit Mensch und Natur.

Durch die Energiewende verringern wir Abhängigkeiten und stärken die regionale Wertschöpfung. Energieversorgung in Bürgerhand ist eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz der Energiewende. Wir müssen Versorgungssicherheit gewährleisten, insbesondere durch den zügigen Bau der Übertragungsnetze. Bayern hat den Vorrang für Erdverkabelung durchgesetzt. Wir bewahren das einzigartige Bild unserer bayerischen Landschaft. Auch bei Wechselstromleitungen brauchen wir mehr Erdverkabelung. Die Grundeigentümer sollen durch eine wiederkehrende Vergütung in Form von dauerhaften Zahlungen einen angemessenen Ausgleich erhalten.

Für eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung.

Wir wollen Energie sparen, einen vielfältigen Energiemix ausbauen und die Energietechnik weiterentwickeln. Die Energieversorgung muss nicht nur sicher und sauber sein, sondern auch bezahlbar bleiben. Deutschland muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben. Wir brauchen eine Strompreisbremse. Bei der Förderung der erneuerbaren Energien über das EEG brauchen wir einen Systemwechsel hin zu mehr Markt und Wettbewerb. Den Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir unter Wahrung des Bestandsschutzes auf neue verlässliche Grundlagen stellen. Die Energiewende darf nicht unverhältnismäßig zu Lasten der Bürger und der Wirtschaft gehen oder Arbeitsplätze gefährden. Spezielle Ausnahmen für energieintensive Betriebe müssen beibehalten werden.

X. Europa und Sicherheit in der Welt

Wir Deutsche und Europäer müssen unser Schicksal wieder mehr in die eigenen Hände nehmen. Bisherige Partnerschaften sind nicht mehr so selbstverständlich wie früher. Mehr denn je kommt es darauf an, dass wir der Welt ein Vorbild sind. Ein Vorbild der Verlässlichkeit und ein Vorbild des Zusammenhalts, wenn es um das gemeinsame Anpacken von Problemen geht. Das bedeutet für uns: mehr Verantwortung und mehr Anstrengung. Es ist Deutschlands Aufgabe, Stabilitätsanker in der Welt zu sein. Die Union gewährleistet: Auf Deutschland und auf Europa kann man sich in diesen unruhigen Zeiten als Partner verlassen.

Europa muss zusammenhalten.

Die europäische Einigung ist die bedeutendste politische Idee und der größte Stabilitätsbeitrag der letzten Jahrzehnte. Heute steht Europa vor der schwierigsten Aufgabe seit seiner Gründung. Europa darf sich nicht spalten lassen. Die Länder Europas müssen zusammenhalten und Herausforderungen als Partner gemeinsam angehen. Es braucht den gemeinsamen Willen zum Zusammenhalt. Es geht um Sicherheit und Wohlstand für die Menschen auf unserem Kontinent, um Stabilität und die Verteidigung unserer Werteordnung, um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Dafür lohnt es zu kämpfen. Wir sind für die Zukunft Europas verantwortlich.

Europa muss stärker und besser werden.

Wir müssen Europa jetzt fit machen für diese herausragende Aufgabe unserer Zeit. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die Europäische Union. Europa muss sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Europa braucht mehr flexible Formen der Zusammenarbeit. Europas Kraft liegt in seiner Vielfalt und im Respekt vor nationalen Identitäten und Regionen. Es ist stark im Großen und freiheitlich im Kleinen. Die Stärken Europas liegen dort, wo es

Frieden und Freiheit sichert und Wohlstand schafft. Es gilt, Anstrengungen für diese Ziele zu verstärken, anstatt die Freude an Europa durch Vorgaben im Alltäglichen zu schmälern. Vorbehalte und Misstrauen müssen wir ernst nehmen. Immer mehr Einzelkompetenzen, neue EU-Institutionen oder Eurobonds sind der falsche Weg. Europa muss sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren. Beschlossene Regeln müssen von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden. Strikte Haushaltsregeln und wirtschaftliche Strukturreformen sind dabei unerlässlich. Zusätzliche Lasten alleine auf den Schultern deutscher Sparer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie sie bei einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder einer europäischen Einlagenversicherung drohen, lehnen wir ab. Eine effizientere Subsidiaritätsrüge soll sicherstellen, dass Zentralismus die europäischen Ideen nicht überlagert.

Europa muss seine Grenzen sichern.

Europa muss die Fähigkeit haben, seine Grenzen zu sichern und selbst zu entscheiden, wer nach Europa kommt. Wir wollen die EU-Grenzschutzagentur Frontex so stärken, dass sie einen effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen leisten kann. Ein verpflichtender Datenaustausch aller Mitgliedstaaten ist essentiell zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.

Finanzstabilität muss Qualitätsmerkmal Europas werden.

Die Stabilitätskriterien von Maastricht müssen eingehalten werden. Die Antwort auf Stabilitätsünder müssen Sanktionen sein und keine Transfer- oder Schuldenunion. Statt Eurobonds ist finanzpolitische Selbstverantwortung gefordert. Der Weg in die Erfolgsspur führt über Reformen und Disziplin, nicht über die Sanierung der eigenen Finanzen auf Kosten anderer. Das gilt für Länder mit hohen Schulden ebenso wie für Banken, die sich verspekuliert haben. Der deutsche Steuerzahler darf nicht für finanzielle Verfehlungen anderer Länder aufkommen. Wir wollen die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone erreichen und einen eigenen Europäischen Währungsfonds schaffen.

Bürokratie- statt Schuldenschnitt.

Wir wollen ein Europa der Bürger, nicht der Bürokraten. Europa soll den Alltag der Bürger vereinfachen und ihre wirtschaftliche und persönliche Freiheit nicht durch Überregulierung und Kontrollwahn einschränken. Wir brauchen nicht immer mehr Regulierung, sondern eine konsequente Entbürokratisierung der Verwaltung. Ein erster Bürokratieschnitt soll bis 2024 mindestens 1000 EU-Richtlinien und Verordnungen abschaffen.

Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft.

Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine lange gemeinsame Geschichte. Uns verbinden eine gewachsene und verlässliche Freundschaft und gemeinsame Werte. Die USA sind und bleiben ein zentraler Handelspartner. Wir wollen auf die USA einwirken, um wieder zu mehr Gemeinsamkeiten im transatlantischen Verhältnis zu kommen. Wir sollten trotz unterschiedlicher Auffassungen nie den Blick dafür verlieren: Was wir Deutsche und Europäer in der Welt durchsetzen wollen, geht mit Amerika besser als alleine. Wir werden die transatlantischen Beziehungen wieder intensivieren und neu beleben.

Freihandel beruht auf Gegenseitigkeit.

Internationale Zusammenarbeit, Wettbewerb, Leistungsfähigkeit sowie freier Handel und offene Märkte sind unerlässlich für die weltweite Spitzenstellung unserer Unternehmen. Pro-

tektionismus und Abschottung erteilen wir eine klare Absage. Es ist nicht im deutschen Interesse, wenn im Handel Zölle und Handelsschranken hochgefahren werden. Stattdessen arbeiten wir für einen fairen internationalen Handelsverkehr ohne einseitige Wettbewerbsvorteile durch staatliche Eingriffe.

Die Russland-Sanktionen dürfen nicht zum Dauerzustand werden.

Deutschland kommt eine besondere Rolle als Brückenbauer zu Russland zu. Auch wenn der Dialog mit Russland schwierig ist, wir müssen ihn in enger Abstimmung mit unseren Partnern aufrechterhalten. Viele Konflikte in der Welt, auch in Syrien, können nur mit und nicht gegen Russland gelöst werden. Wir setzen uns für einen Fahrplan zur Rückführung der Russland-Sanktionen ein und unterstützen einen flexiblen Abbau der Sanktionen bei schrittweiser Umsetzung des Minsker Abkommens.

Bayern ist Brückenbauer nach Osteuropa.

Bayern liegt im Herzen Europas. In langer Tradition sind wir den mittel- und osteuropäischen Staaten wirtschaftlich und kulturell stark verbunden. Unsere geographische Lage und unsere Geschichte sind für uns Chance und Verpflichtung zugleich. Mit unserer Ost-Europa-Strategie sind wir weiterhin Motor der guten Nachbarschaft zu Mittel- und Osteuropa.

Der BREXIT muss fair und geordnet ablaufen.

Großbritannien muss ein Teil Europas und ein enger Partner Deutschlands bleiben. Es liegt in unserem Interesse, dass wir mit Großbritannien auch nach dem Brexit intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen. Großbritannien ist für Bayern das wichtigste europäische Exportland. Wir streben ein Handelsabkommen an, das möglichst nah am Status quo ist, aber unberechtigte Sonderregelungen vermeidet. Die finanziellen wie auch wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit sollen für die Menschen so minimal wie möglich ausfallen.

Kein EU-Beitritt der Türkei.

Die Türkei hat sich unter Erdogan von Europa wegbewegt. Die Reaktionen nach dem Putschversuch, sein Verfassungsumbau und die Abkehr von europäischen und demokratischen Werten zeigen: Es kann keine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU geben. Für die Zukunft muss versucht werden, mit der Türkei eine neue Form der europäischen Nachbarschaft als Sicherheits- und Wirtschaftspartner zu finden.

Deutsche Außenpolitik muss deutschen Interessen dienen.

Wir müssen unsere nationalen Interessen ebenso selbstverständlich formulieren, wie es andere Staaten tun. Wir werden deutschen Interessen in der Außenpolitik selbstbewusst mehr Geltung verschaffen. Sie liegen als Exportnation beispielsweise im freien und fairen Handel, in der Rohstoff- und Energiesicherheit. Wir müssen darauf achten, dass wichtige Schlüsseltechnologien in Deutschland bleiben. Im Wettbewerb mit aufsteigenden Nationen, allen voran China, wollen wir weltweit Standards mitprägen und die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft exportieren. Deutsche Außenpolitik steht dabei weiterhin in einer festen Kontinuität von klarer Werteorientierung: Westbindung, Völkerrecht, Humanität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Grundwerte sind für uns unverrückbar. Zusammen mit unseren europäischen und internationalen Partnern, besonders EU, NATO und USA, stehen wir für eine Politik von Sicherheit und Stabilität in Partnerschaft.

Krisenprävention stärken.

Wir dürfen nicht zusehen, wie Staaten zerbrechen oder scheitern. Instabilität ist der Nährboden für Bürgerkrieg, Fluchtbewegungen und Terrorismus. Es liegt im deutschen Interesse, Krisen rechtzeitig vorzubeugen. Für die Krisenprävention benötigen wir ein Frühwarnsystem und eine solidarische Finanzierung internationaler Entwicklungsgelder. Wir brauchen einen UN-Weltkrisenfonds und internationale Allianzen gegen den Terrorismus. In enger Abstimmung mit der Staatengemeinschaft soll ein abgestufter Aktionsplan aus Diplomatie, Entwicklungspolitik und Streitkräften zum Einsatz kommen. Ziel muss es sein, ein Abgleiten gefährdeter Staaten in Destabilität und Islamismus zu verhindern. Parallel zu Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes werden wir auch Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1 : 1 aufstocken.

Marshallplan mit Afrika für eine neue Ära der Partnerschaft.

Durch die Globalisierung ist Afrika näher an Europa herangerückt. Es gilt, Stabilität und Entwicklung zu fördern und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Aus der Perspektivlosigkeit von heute dürfen nicht die Flüchtlingsströme von morgen werden. Wir wollen eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und uns dafür einsetzen, dass die Menschen in Afrika umfassenden Zugang zu Bildung haben und von wirtschaftlicher Prosperität profitieren. Der Ausbau der Infrastruktur soll vorangetrieben und Hunger bekämpft werden. Unser Marshallplan mit Afrika soll eine breite Welle der Unterstützung auch in anderen Ländern auslösen. Dabei sollen vor allem auch private Investitionen mobilisiert werden.

Deutschland muss sich für ein Ende der Christenverfolgung einsetzen.

Christen sind die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. Die CSU wendet sich gegen eine Unkultur des Wegschauens. Vielmehr muss Christophobie weltweit gebrandmarkt werden. Deutschland muss sich als christlich geprägte Nation weltweit für ein Ende der Christenverfolgung einsetzen.

Unsere Verteidigungsfähigkeiten sichern.

Wir müssen realistisch erkennen, dass wir in Zukunft selbst mehr für unsere Sicherheit sorgen müssen. Unabhängiger von anderen müssen wir in Deutschland und Europa unsere Verteidigungsfähigkeit sichern. Für mehr Personal und beste Ausrüstung für unsere Bundeswehr stocken wir den Verteidigungsetat kontinuierlich auf. Informationsüberlegenheit und eine moderne Ausrüstung sind wesentliche Voraussetzungen für die Landes- und Bündnisverteidigung. Wir wollen eine umfassende Modernisierung der Bundeswehr bei der Digitalisierung, den Informations- und Kommunikationssystemen und bei der Befähigung zur vernetzten Operationsführung. Deutschland muss bei Drohnentechnologie und Cyberabwehr Vorreiter werden. Rüstungsprojekte wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern auflegen.

Wir stehen zur Bundeswehr.

Wir bekennen uns zu unseren Soldatinnen und Soldaten, die einen schweren und anspruchsvollen Dienst für die Sicherheit Deutschlands leisten. Für die CSU ist klar: Die Bundeswehr muss weiter fest in der Mitte der Gesellschaft verankert sein. Wir sind stolz auf unsere Truppe. Ihr gebührt Respekt, Dank und Anerkennung. Besonders danken wir unseren Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Beschäftigten für ihren Einsatz im In- und Ausland.